



rhein  
kreis  
neuss

Kreisverband Neuss

EU-INFORMATIONEN  
des EUROPE DIRECT  
Informationszentrums  
Mittlerer Niederrhein  
August 2017

#### Inhalt

1. Das Weißbuch zur Zukunft Europas
2. Die soziale Dimension Europas
3. Die Globalisierung meistern
4. Die Zukunft der Europäischen Verteidigung
5. Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion
6. Die Zukunft der EU-Finzen

## Vorwort Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

60 Jahre Europäische Einigungsgeschichte: Zukunftsszenarien der Europäischen Kommission

Im vergangenen Jahr erlebten sowohl die EU als auch ihre Mitgliedstaaten mit der notwendigen Bewältigung der Flüchtlingskrise ihre größte Bewährungsprobe nach dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008. Trotz großzügig bereitgestellter Finanzhilfen durch die Europäische Kommission und vielen Mahnungen



seitens des Präsidenten, dass es mehr Europa und mehr Zusammenhalt brauche, war die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge in den EU-Mitgliedstaaten eine stetige Herausforderung, ein krisenhafter Moment für den gesamten EU-Raum mit der Gefahr der Sprengung aller bisher erzielter Einigungserfolge. Erst der angekündigte Austritt Großbritanniens aus der EU brachte die Familie der 27 Mitgliedstaaten wieder enger zusammen.

Dennoch hat die Europäische Kommission versucht, die im vergangenen Jahr von allen Seiten geäußerte Kritik zu Diskussions- und Entscheidungsprozessen in Brüssel und Straßburg aufzugreifen. Auch vor dem Hintergrund des Treffens der Staats- und Regierungschefs der EU am 25.03.2017 in Rom anlässlich des 60 jährigen Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat Kommissionspräsident Juncker schon im vergangenen Jahr Initiativen der Europäischen Kommission

zur Lösung der Flüchtlingskrise und zu Fragen der Weiterentwicklung der EU, ihrer Aufgabenfelder und ihrer Entscheidungsmechanismen angekündigt. Neben dem „Weißbuch zur Zukunft Europas – Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien“, hat die Europäische Kommission Mitteilungen bzw. Reflexionspapiere zur sozialen Dimension Europas (April 2017), zur Globalisierung (Mai 2017), zur Europäischen Verteidigung (Juni 2017), zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (Juni 2017) und zur Zukunft der EU-Finzen (Juli 2017) vorgelegt und jeweils um Interessenäußerung der Fachkreise und der Öffentlichkeit gebeten. In dieser Ausgabe wollen wir Ihnen das Weißbuch und die Fachpapiere ausführlich mit Schautafeln erläutern und Sie ermutigen, an den Konsultationen teilzunehmen.

Die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt und die politische Instabilität in vielen Ländern außerhalb Europas haben wieder deutlich gemacht, wie wertvoll der politisch und wirtschaftlich stabile Verbund der EU ist. Die von der Juncker-Kommission ergriffenen Initiativen betreffen Themen und Bedrohungen, die kein EU-Land mehr alleine lösen kann und die Mitgliedstaaten sind jetzt aufgerufen, Wege der engeren Kooperation zu finden und auf Dauer Verantwortung zu übernehmen. Wir brauchen die EU mehr denn je und als Träger des Europe Direct Informationszentrums Mittlerer Niederrhein ist es uns wichtig, Ihnen die Zusammenhänge und Vorteile einer Mitgliedschaft deutlich zu machen. Sollten Sie Fragen zu den anliegenden Mitteilungen haben oder Informationen zu anderen EU-Themen benötigen, freuen wir uns über Ihre Rückmeldung.

Hans-Jürgen Petruschke  
Landrat des Rhein-Kreises Neuss

Kommissionspräsident Juncker stellt Weißbuch zur Zukunft Europas vor  
Einführung

Wie in seiner Rede zur Lage der Union am 23.09.2016 angekündigt, stellte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 01.03.2017 vor dem Europäischen Parlament das Weißbuch zur Zukunft Europas vor; damit wolle er eine Diskussionsgrundlage für das 60-jährige Jubiläum der Unterzeichnung der Römischen Verträge und des Jubiläumsgipfels der EU-Staats- und Regierungschefs am 25.03.2017 in Rom bieten und einen breiten Meinungsaustausch anstoßen. Juncker erklärte anlässlich der Vorstellung von fünf Entwicklungsszenarien bis 2025, dass die EU auf sieben Jahrzehnte Frieden und Freiheit von über 500 Millionen BürgerInnen, die in einer der reichsten Regionen der Welt lebten, zurückblicke; dennoch müsse die EU nach vorne sehen und sich klar machen, welche Zukunft sie für 27 EU-Mitgliedstaaten entwickeln wolle; wörtlich sagte er: „Vor 60 Jahren haben die Gründerväter der EU beschlossen, den Kontinent mit der Macht des Rechts und nicht durch den Gebrauch von Waffen zu einen. Wir können stolz auf das sein, was wir seitdem erreicht haben. Selbst unser dunkelster Tag in

2017 wird heller sein als jeder Tag, den unsere Vorväter auf den Schlachtfeldern verbracht haben. Zum 60-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge gilt es, für ein geeintes Europa der 27 eine Vision für die Zukunft zu entwickeln. In diesen Zeiten sind Führungsstärke, Einheit und gemeinsamer Wille gefragt. Im Weißbuch der Kommission werden verschiedene Wege skizziert, die dieses geeinte Europa der 27 künftig einschlagen könnte. Das ist der Beginn und nicht das Ende eines Prozesses, und ich hoffe nun auf eine ehrliche und umfassende Debatte. Die Form wird dann der Funktion folgen. Die Zukunft Europas liegt in unserer Hand.“

Weißbuch zur Zukunft Europas – Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien

Das Weißbuch spielt fünf verschiedene Zukunftsentwicklungen für die EU und ihre Mitgliedstaaten durch und zeigt an konkreten Beispielen, welche Auswirkungen jedes Modell für die Mitgliedstaaten und die EU-BürgerInnen haben würde.

Szenario 1: Weiter so wie bisher

Bei diesem Szenario konzentriert sich die Europäische Kommission auf die Umsetzung der 10 Politischen

Prioritäten entsprechend den Leitlinien von Präsident Juncker (siehe hierzu ausführlich EU-Informationen des EDIC Mittlerer Niederrhein vom Juli 2014 unter:

<http://www.rhein-kreis-neuss.de/verwaltung-politik/aemterliste/europabuero/formulare-publicationen/EU-InfosEDIMN-2014-12.pdf>)

in Verbindung mit der von den Staats-



Aus EU-Nachrichten vom 16.03.2017, Sonderausgabe zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge

und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten angenommenen Erklärung von Bratislava.

Auswirkungen: Die EU-BürgerInnen können in selbst fahrenden PKW's fahren, allerdings ohne an allen Grenzen der EU-Mitgliedstaaten frei weiter fahren zu können bzw. EU-BürgerInnen können die Grenzen ohne Kontrolle passieren, jedoch erfolgen an Flughäfen und Bahnhöfen Sicherheitskontrollen

Szenario 2: Die EU legt den Schwerpunkt ihrer Politik auf den EU-Binnenmarkt

Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten an der weiteren Vollendung des EU-Binnenmarktes und schaffen immer mehr Grenzen für Personen, Waren, Dienstleistungen und Finanzprodukte ab. Im Gegensatz hierzu finden jedoch die EU-Mitgliedstaaten keine Einigung in anderen wichtigen Themenbereichen.

Auswirkungen: Handel und Tourismus werden durch regelmäßige Kontrollen an den EU-Binnen Grenzen (zwischen den EU-Mitgliedstaaten) behindert. Wer in der EU reist und krank wird, muss mit hohen Behandlungskosten rechnen. Es wird schwierig, einen Arbeitsplatz im EU-Ausland zu finden. Aufgrund fehlender gemeinsamer technischer Standards geht die Nutzung selbst fahrender Autos zurück.

Szenario 3: Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten

Die EU arbeitet weiterhin an der Umsetzung der Juncker-Agenda und gestattet zusätzlich den EU-Mitgliedstaaten sich bei verschiedenen Themenbereichen in Gruppen zusammenzuschließen und eine fortschreitende Integration anzustreben. Durch diesen Weg entstehen „Koalitionen der Willigen“.

Auswirkungen: So richten z.B. 15 EU-Mitgliedstaaten ein Korps aus Polizei und Staatsanwälten ein, die gemeinsam bei grenzüberschreitenden kriminellen Vorkommnissen ermitteln. In 12 EU-Mitgliedstaaten werden vernetzte Fahrzeuge in großem Umfang genutzt, weil eine Harmonisierung der Haftungsregelungen und der technischen Standards vereinbart wurde.

Szenario 4: Weitere Integration in nur wenigen Themenbereichen und dafür effizienter.

Die EU konzentriert sich mit den EU-Mitgliedstaaten darauf, in ausgewählten Bereichen rascher eine Integration zu erzielen und überlässt die anderen Themenbereiche in der Kompetenz der EU, d.h., Aufmerksamkeit und Ressourcen der EU werden auf strategische Politikbereiche konzentriert.

Auswirkungen: Eine europäische Telekom-Behörde ist dann befugt, Funkfrequenzen für grenzüberschreitende Kommunikationsdienste zu erteilen, die für die Nutzung vernetzter Fahrzeuge erforderlich sind. Die Telekombehörde kann auch die Rechte der Internet- und Mobiltelefonnutzer unabhängig von deren Aufenthaltsort in der EU schützen. Eine neu gegründete europäische Agentur zur Terrorismusbekämpfung sorgt durch eine systematische Beobachtung und Identifizierung Verdächtiger für Prävention und Verhinderung von schweren Anschlägen.

Szenario 5: Die EU-Mitgliedstaaten haben beschlossen, Kompetenzen nach Brüssel zu übertragen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Dadurch können auf EU-Ebene Entscheidungen leichter und schneller getroffen und umgesetzt werden.

Auswirkungen: Aufgrund einheitlicher technischer Regelungen können in allen EU-Mitgliedstaaten vernetzte Autos fahren. Für die EU-BürgerInnen gibt es einheitliche Beschwerdestellen.

Die nächsten Schritte

In den folgenden Wochen wird die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und den EU-Mitgliedstaaten eine Reihe von Diskussionsrunden zur Zukunft Europas in verschiedenen europäischen Städten und Regionen durchführen, auf denen das Weißbuch mit seinen Ideen diskutiert wird und zusätzlich Ideen gesammelt werden sollen.

In Ergänzung hierzu wird die Europäische Kommission Diskussionspapiere/Mitteilungen zu folgenden Themen vorlegen:

- Entwicklung der sozialen Dimension Europas
- Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Berichts der fünf Präsidenten vom Juni 2015
- Chancen der Globalisierung
- Zukunft der europäischen Verteidigung
- Zukunft der EU-Finanzen (z.B. eigene Einnahmequellen für die EU)
- Gipfel zur Entwicklung einer sozialen Säule in der EU am 17.11.2017

Bis zur jährlichen Rede von Präsident Juncker zur Lage der EU im September 2017 sollen die bis dahin gesammelten Idee, Vorschläge und Szenarien zusammengefasst und weiterentwickelt werden. Auf dem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember 2017 sollen erste Schlussfolgerungen gezogen werden. Damit sollen auch frühzeitig die Wahlen zum Europäischen Parlament in 2019 vorbereitet werden.

Quelle und weitere Informationen: EU-Aktuell vom 01.03.2017, web-site:

[http://ec.europa.eu/germany/news/weissbuch\\_zukunft\\_eu27\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/weissbuch_zukunft_eu27_de),  
[https://europa.eu/european-union/about-eu/history\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de),  
[http://ec.europa.eu/germany/news/warum-wir-die-europ%C3%A4ische-union-brauchen-60-gute-gr%C3%BCnde\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/warum-wir-die-europ%C3%A4ische-union-brauchen-60-gute-gr%C3%BCnde_de),  
 EU-Aktuell vom 07.03.2017, web-site: [https://ec.europa.eu/germany/news/warum-wir-die-europ%C3%A4ische-union-brauchen-60-gute-gr%C3%BCnde\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/warum-wir-die-europ%C3%A4ische-union-brauchen-60-gute-gr%C3%BCnde_de)

## Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas

Wie in den beiden vergangenen Jahren mehrfach angekündigt, hat der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 26.04.2017 seine Vorschläge für eine „Soziale Säule“ in der EU vorgelegt. In dieser Säule führt die Kommission 20 Grundsätze zusammen, die u.a. für faire Arbeitsmärkte und gut funktionierende Wohlfahrtssysteme sorgen sollen. Gleichzeitig will Jean-Claude Juncker mit einem Reflexionspapier eine Debatte über die soziale Dimension Europas bis 2025 anstoßen; hierzu gehört auch eine Initiative zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Generell sei die Säule als Kompass für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa angelegt. Daher richte sich diese in erster Linie an die 19 Euroländer in der EU, stehe jedoch

auch offen für andere teilnahmewillige EU-Mitgliedstaaten.

Anlässlich der Vorstellung im Europäischen Parlament sagte Juncker: „ Als Kommissionspräsident habe ich mich von Anfang an dafür eingesetzt, soziale Schwerpunkte in den Fokus europäischen Tuns zu rücken, wo sie hingehören. Mit der europäischen Säule sozialer Rechte und dem ersten Paket von Initiativen, die diese Säule flankieren, lösen wir unsere Zusagen ein“. ... „Mitgliedstaaten, EU-Institutionen, Sozialpartner und Zivilgesellschaft tragen miteinander die Verantwortung“. In diesem Zusammenhang betont die Europäische Kommission, dass die Zuständigkeiten der EU-Mitgliedstaaten und die Traditionen des sozialen Dialogs gewahrt würden.

„Ich hoffe darauf, dass die Säule vor Jahresende auf höchster politischer Ebene gebilligt wird“, ergänzte Juncker Die soziale Säule bestätige bereits in der EU bestehende Rechte sowie den internationalen rechtlichen Besitzstand und führe ergänzend neue Vorschläge auf, die die derzeitigen Realitäten, gerade im Hinblick auf die Digitalisierung ergänzten. Die in der Säule genannten Grundsätze und Rechte teilen sich in Chancengleichheit, Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen, sozialer Schutz und soziale Inklusion ein. Der Schwerpunkt liegt laut Aussage der Europäischen Kommission auf der Bewältigung neuer Entwicklungen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft generell, damit soll eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft mit dem Ziel der Vollbeschäftigung und des sozialen Fortschritts gefördert werden. Um die vorgesehenen Rechte und Grundsätze auch zur Wirkung kommen zu lassen, seien weitere gesetzgeberische Initiativen der Europäischen Kommission notwendig, gffs. soll bestehendes Unionsrecht aktualisiert, ergänzt und besser durchgesetzt werden.

Bereits vor der Vorstellung der sozialen Säule hat die Europäische Kommission eine Reihe konkreter legislativer und nichtlegislativer Initiativen zu den Bereichen Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige, der Unterrichtung von Arbeitnehmern, dem Zugang zum Sozialschutz und der Arbeitswelt erlassen bzw. veröffentlicht.

## BESSERE WORK-LIFE-BALANCE

Elemente des Richtlinienvorschlags für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben

Anspruch auf 10 Arbeitstage Urlaub für Väter nach Geburt eines Kindes.

Rechtsanspruch auf (nicht übertragbare) Elternzeit von mindestens jeweils 4 Monaten für Väter und Mütter.



Anspruch der Eltern, in den ersten 12 Lebensjahren eines Kindes flexible Arbeitszeiten zu vereinbaren.

Anspruch auf fünf freie Tage pro Jahr zur Pflege kranker Kinder, Lebenspartner oder Eltern.

Quelle: EU-Kommission  
Bilder: Shutterstock

Zusammen mit der sozialen Säule wird die Europäische Kommission ein sozialpolitisches Scoreboard einrichten, mit dem Tendenzen und Leistungen der EU-Mitgliedstaaten in 12 Bereichen erfasst werden, um die Fortschritte der gesamten EU in Richtung des AAA-Ratings zu bewerten. Diese Analyse soll nach dem Willen von Kommissionspräsident Juncker in den Ablauf des Europäischen Semesters einfließen, um damit die sozialen Auswirkungen bei dem Aushandeln der nationalen

Anpassungsprogramme berücksichtigen zu können.

Hintergrund:

Kommissionspräsident Juncker hatte im vergangenen Jahr immer wieder seine Entschlossenheit zur Einrichtung einer sozialen Säule in der EU deutlich gemacht. Bereits im März 2016 stellte die Europäische Kommission einen vorläufigen Entwurf der europäischen Säule sozialer Rechte vor und lud zu

einer breit angelegten Konsultation ein, die sich an die Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Sozialeinrichtungen etc. richtete. Im Rahmen einer hochrangigen Sozial-Konferenz im Januar 2017 wurden die Ergebnisse der Konsultation vorgestellt.

Die jetzt gemachten Vorschläge sollen in Gesprächen mit dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat diskutiert und gemeinsam verabschiedet werden.

Quelle und weitere Informationen: EU-Aktuell vom 26.04.2017, web-site: [http://ec.europa.eu/germany/news/soziales\\_europa\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/soziales_europa_de)

### Reflexionspapier „Die Globalisierung meistern“

Die Europäische Kommission hat am 10.05.2017 ihr Reflexionspapier "Globalisierung meistern" zum zukünftigen Umgang mit der Globalisierung und ihren Effekten zum Nutzen der Bürger und der Wirtschaft in der Europäischen Union vorgestellt. Auf der Basis einer ausgewogenen Bewertung der Vor- und Nachteile der Globalisierung will die Kommission eine Diskussion anstoßen, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten den Globalisierungsprozess so gestalten können, dass negative Entwicklungen frühzeitig erkannt und die Chancen daraus genutzt werden. "Die Globalisierung ist gut für die europäische Wirtschaft insgesamt; das hat für unsere Bürgerinnen und Bürger jedoch wenig zu bedeuten, wenn die Vorteile nicht gerecht und gleichmäßiger verteilt werden", sagte der Erste Vizepräsident der Kommission Frans Timmermans, bei der Vorstellung des Reflexionspapiers in Brüssel.

Europa müsse dazu beitragen, das globale Regelwerk umzuschreiben, so dass Freihandel ein fairer Handel werde. Auf diese Weise werde die Globalisierung nachhaltig und komme allen Menschen in Europa zugute. Eine bessere Umverteilung werde helfen, den sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zu gewährleisten, auf denen die EU beruhe, so Timmermans weiter.

Der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Jyrki Katainen, betonte, dass die Globalisierung eine mächtige Kraft sei, die für Europa und die übrige Welt

Vorteile, aber eben auch viele Herausforderungen bedeute. Um die Vorteile der Offenheit zu bewahren, aber auch auf deren Nachteile zu reagieren, müsse Europa für eine wirksamere, auf Regeln gegründete Weltordnung eintreten, entschieden gegen unfaire Praktiken vorgehen sowie angesichts eines sich rasch wandelnden Umfelds seine Gesellschaften robuster und seine Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger machen.

Im Reflexionspapier wird unvoreingenommen untersucht, was die Globalisierung der EU gebracht hat. Tatsache ist laut Europäischer Kommission, dass die Union von der Globalisierung zwar stark profitiert habe, aber auch vor viele Herausforderungen gestellt werde. Auf der ganzen Welt habe die Globalisierung dazu beigetragen, dass Hunderte Millionen Menschen aus der Armut herausgekommen seien und ärmere Länder aufholen konnten. Der Welthandel treibe das Wirtschaftswachstum in der Union voran, wobei mit jeder Milliarde Euro zusätzlicher Ausfuhren 14.000 Arbeitsplätze unterstützt würden. Von billigeren Einfuhren profitieren nach Erkenntnissen der Europäischen Kommission gerade auch ärmere Haushalte. Diese Vorteile würden sich allerdings nicht automatisch ergeben, und sie verteilten sich auch nicht gleichmäßig zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in der EU.

Die Europäische Kommission betont in ihrem Papier, dass die Lösung bzw. die Meisterung der Globalisierung nicht im Protektionismus und auch nicht in einer Politik des „laissez-faire“ liegt. Die EU möchte in Zukunft für eine bessere Verteilung der Globalisierungsvorteile sorgen, indem sie mit den EU-Mitgliedstaaten und den Regionen sowie mit ihren internationalen Partnern zusammenarbeitet.

Im Bereich der Außenpolitik will die Europäische Kommission Steuerhinterziehung, unzulässige staatliche Beihilfen oder Sozialdumping bekämpfen. Die Europäische Kommission überlegt auch, durch wirksame Handelsschutzinstrumente und die Errichtung eines multilateralen Investitionsgerichtshofs gegen Länder bzw. Unternehmen vorzugehen, die sich unfairer Praktiken bedienen. Für die Politik im Inneren (EU-Binnenmarkt und soziale Säule) führt das Reflexionspapier eine „ro-

## AUSDRUCKSFORMEN DER GLOBALISIERUNG



1,2 Milliarden  
Auslandsreisen 2016



914 Millionen Nutzer von sozialen Netzwerken mit mindestens einem ausländischen „Freund“



75 Millionen grenzüberschreitende Online-Käufe innerhalb der EU-27 2016



13 Millionen Teilnehmer an internationalen Online-Studiengängen weltweit



244 Millionen Menschen, die weltweit außerhalb ihres Heimatlandes leben



3,3 Millionen Auslands-Studienaufenthalte im Rahmen des Erasmus-Programms seit 1987



2 Millionen Grenzgänger innerhalb der EU-27 2015

Quelle: EU-Kommission  
Bilder: Shutterstock

buste Sozialpolitik“ und die Bereitstellung der erforderlichen lebenslangen Bildungs- und Ausbildungsangebote vor; außerdem soll eine fortschrittliche Steuerpolitik, Investitionen in Innovationen und eine solide Sozialpolitik dafür sorgen, Wohlstand gerechter zu verteilen. Zur Abmilderung negativer Effekte der Globalisierung sollen benachteiligte Regionen aus den EU-Strukturfonds unterstützt werden und die im Zuge der Auswirkungen der Globalisierung arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer sollen aus dem EU-Fonds für die An-

passung an die Globalisierung bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz unterstützt werden.

Das Reflexionspapier eröffnet nach Ansicht der Europäischen Kommission eine existenziell wichtige Debatte darüber, wie die EU den Prozess der Globalisierung am besten bewältigen und auf die daraus erwachsenden Chancen und Herausforderungen reagieren kann.

Quelle und weitere Informationen: EU-Aktuell vom 10.05.2017, web-site: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-kommission-stellt-reflexionspapier-zur-globalisierung-vor\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-kommission-stellt-reflexionspapier-zur-globalisierung-vor_de)

## Reflexionspapier über die Zukunft der Europäischen Verteidigung

Die Europäische Kommission hat am 07. Juni 2017 eine öffentliche Diskussion über die Zukunft der EU-Verteidigungspolitik eröffnet und die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds vorgestellt. In einem sog. Reflexionspapier stellte sie drei mögliche Szenarien für die zukünftige Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich zur Auswahl. Mit der Debatte sollen gemeinsam beschlossene Instrumente für mehr Schutz und Sicherheit für die BürgerInnen in der EU gefunden und umgesetzt werden. Der bereits vormals von Kommissionspräsident Juncker genannte Verteidigungsfonds soll zu mehr Abstimmung der 27 EU-Mitgliedstaaten untereinander bei der Beschaffung von Verteidigungsressourcen und damit zu mehr Effizienz bei den Ausgaben und der Sicherheit für den EU-Raum führen.

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem Gipfeltreffen am 22./23. Juni 2017 in Prag (unter tschechischer Ratspräsidentschaft) beraten, wie eine gemeinsame Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon in Zukunft aussehen könnte. Die drei Szenarien im Einzelnen:

Erstes Szenario „Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung“:

- Die Mitgliedstaaten würden über die notwendige Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich nach wie vor selbst auf freiwilliger Basis und im konkreten Einzelfall entscheiden.
- Die EU würde bei diesem Modell weiterhin die Bemühungen auf nationaler Ebene ergänzen.
- Die EU würde sich auch künftig an den „anspruchsvollsten Operationen“ nur beschränkt beteiligen.
- Die Entwicklung und Beschaffung von Verteidigungsfähigkeiten unterstehen aber immer noch weitgehend der Aufsicht der einzelnen Mitgliedstaaten.
- Format und Struktur der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO würden in der jetzigen Form beibehalten.

Das zweite Szenario „Geteilte Verantwortung für Sicherheit und Verteidigung“ ist bereits ehrgeiziger in seiner Ausrichtung und sieht mehr Kooperation wie folgt vor:

- Die Mitgliedstaaten würden für mehr Solidarität im Verteidigungsbereich bestimmte finanzielle und operative Ressourcen bündeln.
- Die EU würde sich stärker für den Schutz Europas innerhalb und außerhalb seiner Grenzen engagieren. Sie würde eine größere Rolle im Cyberbereich, beim Grenzschutz oder der Terrorbekämpfung spielen und die Verteidigungs- und Sicherheitsdimension ihrer Energie-, Gesundheits-, Zoll- oder Weltraumpolitik aufwerten, d.h. ausweiten
- Für dieses Szenario wären nach Ansicht der Europäischen Kommission Entscheidungsstrukturen notwendig, die einem sich rasch wandelnden Kontext der schnellen Zusammenarbeit gerecht werden.
- Die EU und die NATO würden stärker zusammenarbeiten und sich in einer Reihe von Fragen enger abstimmen.

Das dritte Szenario ist das ambitionierteste Modell, weil es erstmalig eine „Gemeinsame Verteidigung und Sicherheit“ vorsehen würde;

- Schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU, die in eine gemeinsame Verteidigung auf der Grundlage von Artikel 42 des EU-Vertrags münden würde.
- Eine Gruppe von Mitgliedstaaten könnte und dürfte eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der europäischen Verteidigung begründen. Gemäß diesem Szenario würde der Schutz Europas zum Vorteil beider Seiten der Verantwortung von EU und NATO unterstellt.
- Auf dem Fundament eines höheren Niveaus an Integration der Verteidigungskräfte der Mitgliedstaaten wäre die EU in der Lage, Sicherheits- und Verteidigungseinsätze im sogenannten Hochwertbereich durchzuführen.
- Die EU würde gemeinsame Verteidigungsprogramme mit dem Europäischen Verteidigungsfonds unterstützen und eine eigene Europäische Agentur für Verteidigungsforschung

einrichten. Dies würde auch dazu beitragen, dass ein echter europäischer Markt für Verteidigungsgüter entsteht, der für wichtige strategische Tätigkeiten Schutz vor feindlichen Übernahmen von außen bieten kann.

Bei der Vorstellung der drei Szenarios sagte die Hohe Vertreterin der EU für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission, Federica Mogherini: „Wir kommen beim Thema Sicherheit in der Europäischen Union rasch und gut voran. Die Kommission begleitet und unterstützt die Mitgliedstaaten bei ihrem entschlossenen Vorgehen. Mit dem heute vorgelegten Reflexionspapier leistet die Kommission ihren Beitrag zu den Überlegungen, die über die Zukunft der Union auf diesem Gebiet angestellt werden. Ausgangspunkt dabei ist die Forderung der Bürger nach mehr Integration und Effizienz in Sachen Verteidigung. Die Europäische Union bietet uns die Möglichkeit, die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung militärischer Fähigkeiten zu unterstützen und effizienter in unsere Verteidigung zu investieren. In weniger als einem Jahr haben wir einiges erreicht und wir werden entschlossen in diesem Tempo weiterarbeiten.“

Der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Vizepräsident und EU-Kommissar Jyrki Katainen, ergänzte: „In der Welt von heute kommt es mehr als je zuvor auf eine starke NATO und eine starke EU an. Als noch stärkerer Partner für seine Verbündeten muss Europa seine Sicherheit und seine Verteidigung selbst in die Hand nehmen und dabei Überschneidungen und Doppelarbeit vermeiden. Wir kennen unseren Kurs und den Mitgliedstaaten kommt die Führungsrolle zu. Jetzt ist es an der Zeit zu entscheiden, wie rasch wir am Ziel ankommen wollen“.

Die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds

Der Europäische Verteidigungsfonds wurde im September 2016 von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgeschlagen und nach Vorlage einer ersten Ausgestaltung von den Staats- und Regierungschefs im Dezember 2016 unterstützt.

Der aus EU-Finanzmitteln gespeiste Fonds soll zukünftig die nationalen Investitionen der EU-Mitgliedstaaten in die Entwicklung von Prototypen und die Beschaffung von Verteidigungsgütern und -technologien koordinieren, ergänzen und verstärken. Der Fonds hat zwei Teile:

Forschung:

Der forschungsbezogene Teil des Fonds ist bereits wirksam. 2017 wird die EU erstmals Fördermittel für die gemeinsame Forschung im Bereich innovativer Verteidigungstechnologien und -güter anbieten, die vollständig und unmittelbar aus dem EU-Haushalt stammen. Bei den Projekten, die für eine EU-Finanzierung infrage kommen, liegt der Schwerpunkt auf zuvor von den Mitgliedstaaten vereinbarten Bereichen; typische Beispiele hierfür sind laut Europäischer Kommission Elektronik, Metawerkstoffe, verschlüsselte Software oder Robotertechnik.

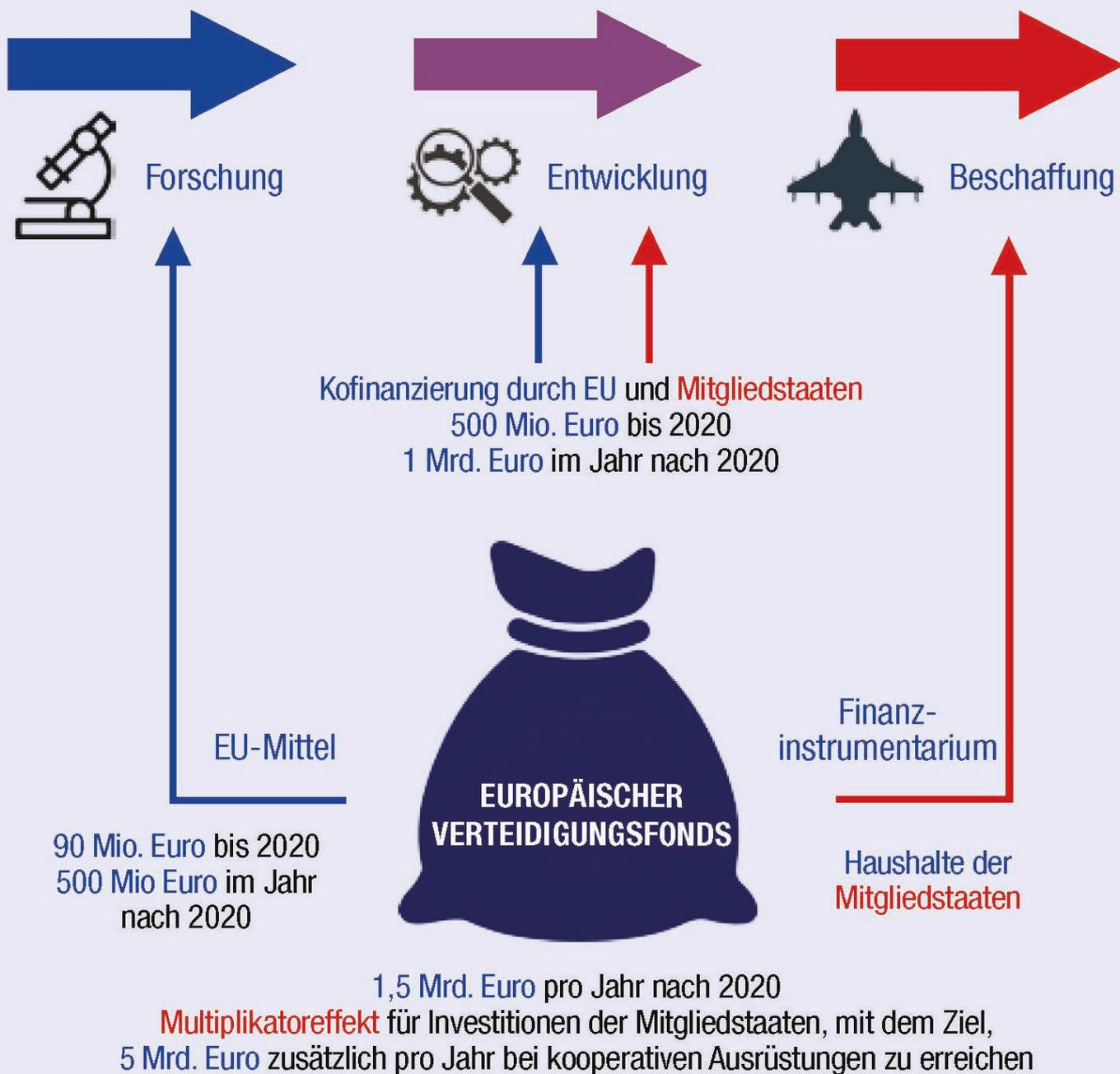
Entwicklung und Beschaffung:

Der Fonds wird durch Cofinanzierung aus dem EU-Haushalt und praktische Unterstützung von der Kommission Anreize für die Mitgliedstaaten schaffen, bei der gemeinsamen Entwicklung und Beschaffung von Verteidigungsgütern und -technologien zu kooperieren. Als Beispiele nennt die Europäische Kommission gemeinsame Investitionen in die Entwicklung von Drohnentechnologie oder Satellitenkommunikation oder den Kauf von Hubschraubern in großer Stückzahl. An dieser Stelle betont die Europäische Kommission, dass nur gemeinsame Projekte finanziert werden könnten, und ein Teil des Gesamthaushalts für Projekte zweckgebunden sei, an denen KMU aus mehreren Ländern teilnähmen. Die EU wird eine Cofinanzierung in folgender Höhe anbieten:

- 500 Mio. Euro im Rahmen eines am 07.06.2017 vorgeschlagenen speziellen Entwicklungsprogramms für 2019 und 2020.
- Ein größer angelegtes Programm, das jährlich mit 1 Mrd. Euro ausgestattet ist, wird für die Zeit nach 2020 ausgearbeitet.

Zu der Einrichtung des Verteidigungsfonds sagte der für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständige Kommissar und

## DER EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSFONDS



Quelle: EU-Kommission  
Bilder: Shutterstock

Vize-Präsident der Europäischen Kommission, Jyrki Katainen: „In ganz Europa machen sich die Menschen Sorgen über ihre Sicherheit und die ihrer Kinder. Wir müssen in diesem Bereich mehr tun und besser werden. Dafür müssen wir unsere Zusammenarbeit mit der NATO ausbauen. Heute zeigen wir, dass wir Worten Taten folgen lassen. Der Fonds dient als Triebfeder für eine leistungsfähige

europäische Verteidigungsindustrie, die vollständig kompatible Spitzentechnologie und hochmoderne Ausrüstungen entwickelt. Die Mitgliedstaaten bleiben dabei bestimmend, können aber mehr aus ihren Geldern machen – und letztlich an Einfluss gewinnen.“

Elżbieta Bieńkowska, die für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU verantwortliche

Kommissarin, fügte hinzu: „Europa muss zum Sicherheitsgaranten werden. Mit dem Fonds wird die gemeinsame Verteidigungsforschung und die Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten gefördert. Von ihm gehen ganz neue Impulse für die strategische Autonomie der EU und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie aus. Davon profitieren auch die vielen KMU und Midcap-Unternehmen in der Wertschöpfungskette der europäischen Verteidigungsbranche.“

Quelle und weitere Informationen: EU-Informationen vom 07.05.2017, web-site: [http://ec.europa.eu/germany/news/ein-europa-das-sich-verteidigt-kommission-er%C3%B6ffnet-debatte-%C3%BCber-wege-zur-sicherheits-und\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/ein-europa-das-sich-verteidigt-kommission-er%C3%B6ffnet-debatte-%C3%BCber-wege-zur-sicherheits-und_de)

Ergebnisse des Gipfels der Staats- und Regierungschefs der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung

Auf ihrer Sitzung begrüßten die Staats- und Regierungschefs der EU am 22./23.06.2017 in Prag die Mitteilung der Europäischen Kommission über einen Europäischen Verteidigungsfonds und sprachen ihre Erwartung für eine rasche Umsetzung aus; zusätzlich forderten sie eine rasche Einigung über den Vorschlag für ein europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich. Für beide Vorhaben wurden die EU-Mitgliedstaaten aufgerufen, geeignete Fähigkeitenprojekte zu ermitteln und zu benennen und dies auf der Grundlage solider Finanzierungsmechanismen. Ziel sei es, Fähigkeiten bereitzustellen, in der gesamten EU eine wettbewerbsfähige, innovative und ausgewogene Basis für die europäische Verteidigungsindustrie zu gewährleisten (auch durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und unter Beteiligung von KMU's) und zur Vertiefung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit beizutragen. Im Hinblick auf die finanzielle Unterstützung der EU für Investitionen von KMU's und von Unternehmen mit mittlerer Kapitalisierung (sog. mid-caps, max. 3.000 Arbeitsplätze) in Sicherheit und Verteidigung, fordern die Staats- und Regierungschefs die Europäische Investitionsbank (EIB) auf, Schritte zu prüfen, mit denen Investitionen in Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten im Verteidigungsbereich getätigt werden können.

Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Wie angekündigt, hat die Europäische Kommission aufbauend auf dem Bericht der Fünf Präsidenten vom Juni 2015 (siehe hierzu unter der Rubrik „EU-Aktuell“ vom 25.06.2015 „Fünf EU-Präsidenten legen einen Plan für eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion vor“, link: [http://www.rhein-kreis-neuss.de/de/verwaltungspolitik/aemterliste/europabuero/eu\\_aktuell/2015/038-fuenf-eu-praesidenten-legen-einen-plan-fuer-eine-vertiefte-und-fairere-wirtschafts-und-waehrungsunion-vor\\_staendiger-eurogruppenvorsitz-geplant.html](http://www.rhein-kreis-neuss.de/de/verwaltungspolitik/aemterliste/europabuero/eu_aktuell/2015/038-fuenf-eu-praesidenten-legen-einen-plan-fuer-eine-vertiefte-und-fairere-wirtschafts-und-waehrungsunion-vor_staendiger-eurogruppenvorsitz-geplant.html)) am 31.05.2017 ein Diskussionspapier zur Vertiefung und Konsolidierung der Wirtschafts- und Währungsunion vorgelegt.

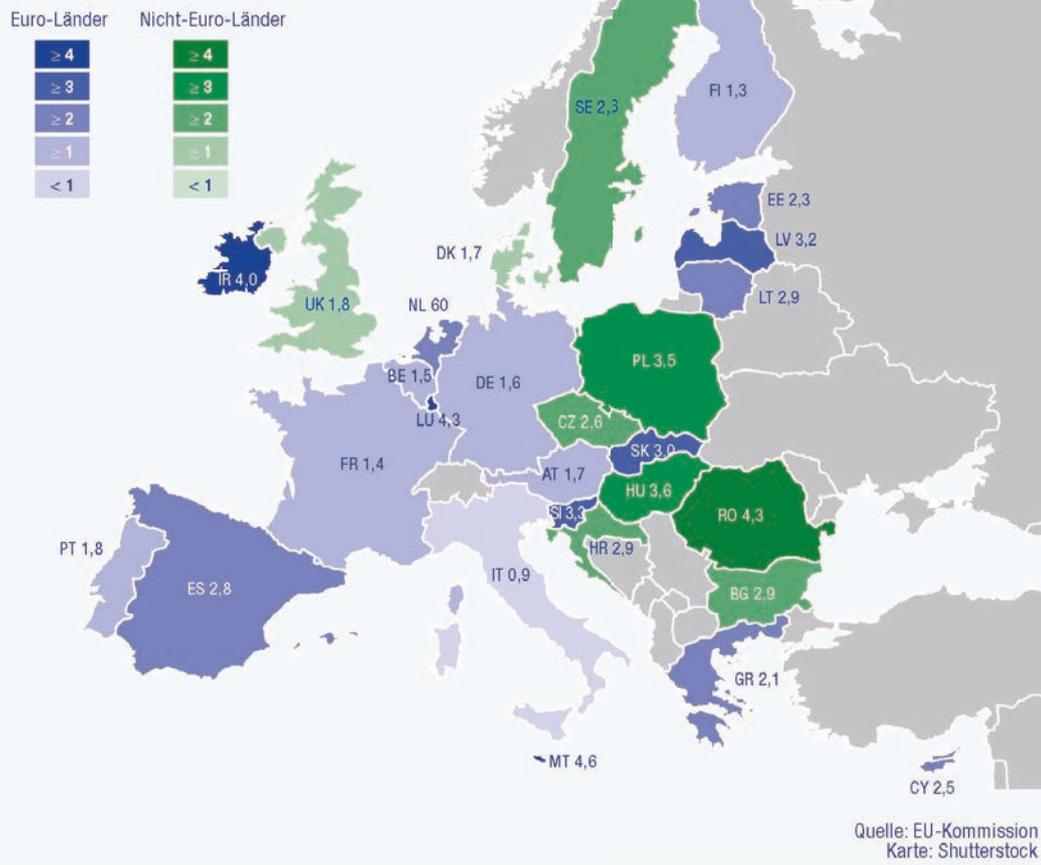
Zu Beginn ihrer Ausführungen stellt die Europäische Kommission fest, dass der Euro in vielerlei Hinsicht eine Erfolgsgeschichte sei. Der Vertrag von Maastricht ebnete den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und zum Euro. Vor 15 Jahren sei die erste Münze in den Umlauf gebracht worden. Heute sei der Euro die Währung von 340 Mio. Bürgerinnen und Bürgern in 19 EU-Mitgliedstaaten; von den 10 in 2004 beigetretenen ost- und mittelosteuropäischen Ländern hätten in 2017 sieben den Euro bereits als Währung eingeführt. Der Euro habe Preisstabilität gebracht und sei die zweitwichtigste Währung der Welt. Nach schwierigen Jahren, bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, sei der Euro auch heute wieder so populär bei den Europäerinnen und Europäern wie in 2004 (laut der letzten Eurobarometer-Umfrage vom Mai 2017 befürworteten 72 % der EU-Bürgerinnen und Bürger den Euro).

Die immer noch in einigen Mitgliedstaaten schwellende Wirtschafts- und Finanzkrise habe in 2007/2008 ihren Anfang in den USA genommen und zu der schlimmsten Rezession in der sechzigjährigen Geschichte der EU geführt. Die seitens der EU-Organe und der EU-Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen hätten Wirkung gezeigt und zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in Europa geführt.

Dennoch hätten die vielfältig durchgeführ-

## GEMEINSAME WÄHRUNG – UNTERSCHIEDLICHE KONJUNKTUR

Prognosen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2017 (in %)



ten Reformen noch keine endgültige wirtschaftliche Erholung gebracht und daher bedürfe es einer weiteren Reform des Euro-Währungsgebietes. Die Europäische Kommission betont, dass die Vollendung der WWU notwendig sei, um Arbeitsplätze, Wachstum, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Konvergenz und finanzielle Stabilität zu schaffen. Zugleich müsse der Währungsverbund für alle EU-Mitgliedstaaten offen bleiben. Zudem sei es das Ziel der Europäischen Kommission, die Entscheidungsabläufe transparenter und demokratischer zu machen. Für die Zukunft der WWU sei es entscheidend, einen breiten politischen Konsens über den künftigen Kurs zu erzielen, der zugleich den anstehenden globalen Herausforderungen Rechnung trage, und gemeinsam einen Gesamtfahrplan mit klaren Zeitabläufen zu erarbeiten.

Die Europäische Kommission hält Maßnahmen in den drei folgenden Bereichen für notwendig:

1. Vollendung einer echten Finanzunion

Ein integriertes und gut funktionierendes Finanzsystem sei für eine wirksame und stabile WWU von entscheidender Bedeutung. Daher hat die Europäische Kommission, aufbauend auf den in den letzten Jahren erzielten Fortschritten, folgende Vorschläge und Pläne, die bis 2025 umgesetzt sein könnten:

- Vollendung der Bankenunion
- Fortschritte bei der Eindämmung und gemeinsamen Abfederung von Risiken im Bankensektor und Maßnahmen, die die Krisenfestigkeit der Banken weiter stärken

- Voranbringen der Kapitalmarktunion, um für die Realwirtschaft vielfältigere und innovative Finanzierungsmöglichkeiten auch über die Kapitalmärkte zu eröffnen

2. Eine stärker integrierte Wirtschafts- und Fiskalunion

Bereits im Bericht der fünf Präsidenten werde anerkannt, dass die Konvergenz in widerstandsfähigen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den Mitgliedstaaten ein wesentliches Element für den langfristigen Erfolg der WWU sei. Die Europäische Kommission schlägt hier vorsichtig vor,

- dass die Mitgliedstaaten die bereits bestehenden Strukturen wie das „Europäische Semester der wirtschaftspolitischen Koordinierung“ und die Verknüpfung von finanzieller Unterstützung aus dem EU-Haushalt mit Strukturreformen im eigenen Land stärken könnten
- dass die Mitgliedstaaten festlegen könnten, die

Kapazität zur makroökonomischen Stabilisierung des Eurogebietes zu verbessern

Zur Umsetzung dieser Vorschläge bietet das Papier der Europäischen Kommission verschiedene Optionen an.

3. Die Verankerung demokratischer Rechenschaftspflicht und die Stärkung der Institutionen des Euroraums

Eine stärkere WWU lässt sich nach Überzeugung der Europäischen Kommission nur erreichen, wenn die Mitgliedstaaten bereit seien, Angelegenheiten des Euro-Währungsgebietes innerhalb eines gemeinsamen Rechtsrahmens zu regeln und damit mehr Verantwortung zu teilen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Als mögliche Regelungsoptionen könnten die EU-Verträge und – Institutionen genutzt oder ein zwischenstaatlicher Ansatz verfolgt werden; es sei auch möglich, beide Ansätze miteinander zu verbinden. Die weitere Entwicklung könnte auch zu einer Kompetenzveränderung bzw. –verteilung zwischen der Europäischen Kommission und dem Euroraum führen. Bereits in früheren Vorschlägen hatte die Europäische Kommission u.a. folgende Punkte genannt:

- Ernennung eines ständigen hauptamtlichen Vorsitzes und damit die Vereinheitlichung der Außenvertretung („Mr. /Mrs. Euro“)
- Einrichtung eines Schatzamtes für den Euro, verbunden möglicherweise mit einem eigenen Haushalt für den Euroraum
- Die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds

Die Europäische Kommission betont ausdrücklich, dass das Reflexionspapier als Aufruf an die Allgemeinheit gedacht ist, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen und selbst Vorschläge und Ideen einzubringen. Wenn Sie Interesse haben sollten, sich zu diesem Themenkomplex zu äußern, finden Sie hier alle notwendigen Informationen.

Quelle und weitere Informationen: EU-Aktuell vom 31.05.2017, web-site: [http://ec.europa.eu/germany/news/kommission-stellt-m%C3%B6glichkeiten-zur-vertiefung-der-wirtschafts-und-w%C3%A4hrungsunion-vor\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/kommission-stellt-m%C3%B6glichkeiten-zur-vertiefung-der-wirtschafts-und-w%C3%A4hrungsunion-vor_de)

Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen

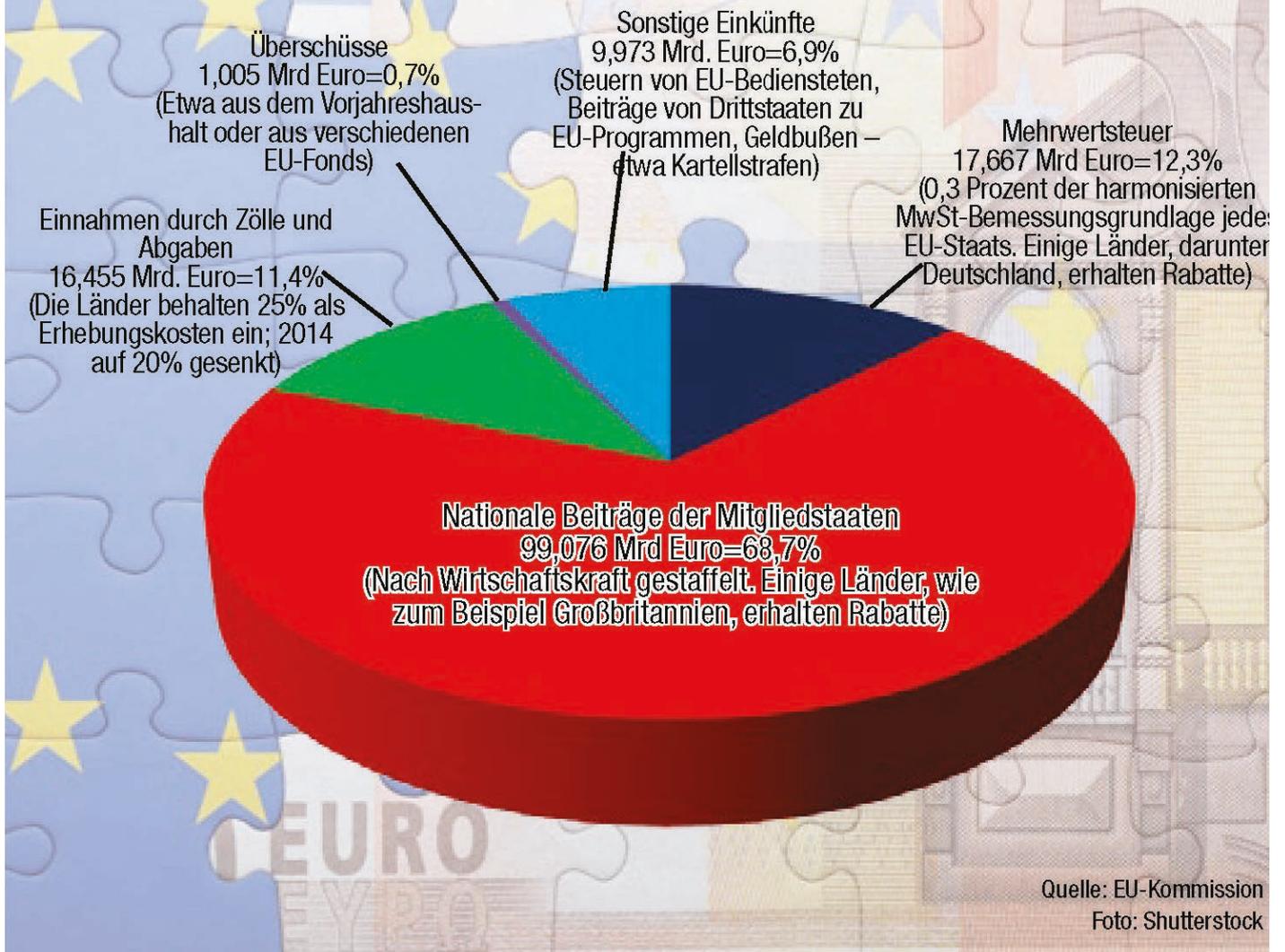
Am 28. Juni 2017 hat der für den EU-Haushalt und Personal zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger das von der Europäischen Kommission angekündigte Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen vorgestellt.

Das Papier richtet sich dabei an den fünf Zukunftsszenarien aus, die das Weißbuch der Europäischen Kommission für die weitere Entwicklung der EU erstellt hat (weitermachen wie bisher, weniger gemeinsames Handeln, einige Mitgliedstaaten tun mehr, weniger Handlungsbereiche aber effizienter, engeres Zusammenrücken der EU-Mitgliedstaaten auf wichtigen Gebieten) und hat jeder Option ein eigenes Finanzierungsszenario zugeordnet, mit unterschiedlichen Auswirkungen sowohl in Bezug auf die Höhe und den Zweck der Ausgaben als auch woher die Finanzmittel kommen könnten. Die Optionen gehen daher von einer Kürzung der Ausgaben für bestehende politische Maßnahmen bis zu einer Erhöhung der Einnahmen.

Dabei muss die Finanzplanung nach Erläuterung von Oettinger vor dem Hintergrund des wahrscheinlichen Austritts Großbritanniens aus der EU gesehen und konzipiert werden, d.h. es fehlen nicht nur diese Einnahmen (nach Berechnungen der Europäischen Kommission fehlen dann jährlich 10 – 11 Mrd. €), sondern auch weitere Finanzmittel, weil unabdingbar neue Aufgaben auf die EU zukommen werden. Zu den zentralen Aufgabengebieten, die zukünftig von einem EU-Haushalt abgedeckt werden müssen (also zurzeit noch nicht sind), führte Oettinger eine gemeinsame Verteidigungspolitik, die Sicherung der Außengrenzen, die Migrations- und Flüchtlingspolitik, die Entwicklungshilfe zur Beseitigung von Fluchtursachen sowie die gesamten Fragen der Sicherheit (Cybersicherheit und Terrorismusbekämpfung) an. Nach Oettingers Einschätzung werden Kürzungen und Umschichtungen notwendig werden, um die neuen Aufgaben zu finanzieren, doch seien auch neue Einnahmen erforderlich („zuerst frisches Geld“). In diesem Zusammenhang müssten die EU-Mitgliedstaaten

## EINNAHMENSTRUKTUR DES EU-HAUSHALTS

Am Beispiel von 2014 (143,94 Milliarden Euro=100%)



ten sich die Frage stellen, was Ihnen die EU und gemeinsames Handeln wert sei. Dabei ist der deutsche EU-Kommissar der Ansicht, dass gemeinsames Handeln in vielen Bereichen besser und auch finanziell günstiger ist, und nennt als Beispiele die Verteidigung, die Agrarpolitik, die Anschaffung von „Supercomputern“ oder den Bau grenzüberschreitender Eisenbahnen.

„Wenn Europa neue Herausforderungen bewältigen soll, muss das Geld dafür irgendwo herkommen. Wir können entweder weniger ausgeben oder neue Einnahmequellen erschließen“.... „Aber was wir auch tun, jeder aus dem EU-haushalt investierte Euro muss einen zusätzlichen Nutzen erbringen und sich positiv auf

das tägliche Leben der Menschen auswirken“, erläuterte Oettinger die schwierige Situation. In diesem Zusammenhang machte er deutlich, dass der EU-Haushalt einfacher und flexibler werden müsse, und führte als Beispiel die Abschaffung aller Nachlässe auf Einzahlungen an (z.B. sog. „Brittenrabatt“). Zusätzlich kündigte Oettinger an, müssten sich alle Haushaltsposten einer Überprüfung stellen was ihren europäischen Mehrwert angehe. So will die Europäische Kommission eine Diskussion darüber führen, ob Agrar-Direktbeihilfen für große Betriebe oder solche in günstigen Lagen gekürzt oder ob Agrarbeihilfen aus nationalen Haushalten mitfinanziert werden sollen; eine stärkere nationale Co-Fi-

finanzierung strebt der Europäischen Kommission auch bei der Regional- und Kohäsionsförderung vor. In diesem Zusammenhang wirft Oettinger auch die Frage auf, ob besser entwickelte Länder und Regionen überhaupt noch EU-Regionalförderungsmittel erhalten sollten. Weitere Grundsatzfragen seien die mögliche Einrichtung eines eigenen Eurozonenhaushalts, die bereits des Öfteren geforderte Arbeitslosenrückversicherung oder auch ein Fonds zur Unterstützung von nationalen Strukturreformen.

Mitte 2018 will die Europäische Kommission auf dieser Basis ihren Vorschlag für den nächsten Mittelfristigen Finanzrahmen (ab 2021) vorlegen und möchte bis dahin eine Grundsatzdebatte über die künftigen Politik- und Finanzfragen der EU führen, an der sich die Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament, die Sozialpartner und die Bürgerinnen und Bürger beteiligen sollen. Im Mehrjährigen Finanzrahmen werden die Höchstbeträge für einzelne Politikbereiche (wie z.B. die Regionalpolitik) über den gesamten (bisher siebenjährigen) Zeitraum und auf die einzelnen Jahre verteilt, festgelegt. Um die aufgeworfenen Fragen zu debattieren, soll es in den kommenden Monaten eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen geben.

In dem Reflexionspapier werden aber auch noch weitere Punkte angesprochen, die in den kommenden Monaten diskutiert werden sollen, wie z.B. ob die Auszahlung von EU-Finanzmitteln stärker an die Befolgung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Zielvorgaben gekoppelt werden sollten, wie sie im Europäischen Semester festgelegt sind; dagegen deutete Oettinger an, dass er für eine stärkere Verknüpfung von Investitionsförderung mit den länderspezifischen Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik offen sei.

Hintergrund:

Der EU-Haushalt wird zurzeit zu 70 Prozent von Einzahlungen der EU-Mitgliedstaaten finanziert. Diese setzen sich wie folgt zusammen (Zahlen aus dem Haushaltsjahr 2014).

1. Einnahmen durch Zölle und Abgaben: 16,455 Mrd. € = 11,4 % (Die EU-Mitgliedstaaten

behalten 25 % als Erhebungskosten ein, seit 2014 20 %)

2. Überschüsse: 1,005 Mrd. € = 0,7 %, z.B. aus dem Vorjahreshaushalt oder aus verschiedenen EU-Fonds

3. Sonstige Einkünfte: 9,973 Mrd. € = 6,9 %, dies sind Steuern von EU-Bediensteten, Beiträge von Drittstaaten zu EU-Förderprogrammen, Geldbußen (z.B. Kartellstrafen)

4. Mehrwertsteuer: 17,667 Mrd. € = 12,3 % (das sind jeweils 0,3 % der harmonisierten MwSt.-Bemessungsgrundlage jedes EU-Mitgliedstaats; einige Länder erhalten Rabatte).

Die Diskussionen um alternative und neue Finanzierungsquellen laufen seit Jahren; eine Expertengruppe hatte im Auftrag der Europäischen Kommission unter Vorsitz des früheren italienischen Premierministers und ehemaligen EU-Kommissars Mario Monti seit 2014 bereits verschiedene Vorschläge gemacht, die zwar diskutiert aber nie einen großen Zuspruch fanden; dazu gehörten z.B. die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, einer Energiesteuer, einer Kraftstoffsteuer und von Umweltsteuern aus dem CO<sub>2</sub>-Handel bzw. möglichen CO<sub>2</sub>-basierten Einfuhrabgaben. Zur Klarstellung sagte Oettinger zu den Diskussionen: „Wir streben keine EU-Steuern an, aber eine Beteiligung an bestehenden Steuern sei eine Option für die EU, besonders, wenn die Einnahmen durch EU-Regulierung entstünden, wie beim CO<sub>2</sub>-Handel.“

Quelle und weitere Informationen: EU-Aktuell vom 28.06.2017, web-site: [http://ec.europa.eu/germany/news/oettinger-er%C3%B6ffnet-debatte-%C3%BCber-die-zukunft-der-eu-finanzen\\_de](http://ec.europa.eu/germany/news/oettinger-er%C3%B6ffnet-debatte-%C3%BCber-die-zukunft-der-eu-finanzen_de) und EU-Nachrichten Nr. 11/2017, web-site: [https://ec.europa.eu/germany/sites/germany/files/eu\\_nachrichten\\_11\\_2017web.pdf](https://ec.europa.eu/germany/sites/germany/files/eu_nachrichten_11_2017web.pdf)

Tipp für Leselektüre: „60 Gründe für die EU“ Die Vertretung der Europäischen Kommission Deutschland in Berlin hat anlässlich des Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 60 Jahren eine Zusammenstellung von 60 Gründen erarbeitet und herausgegeben, die darlegen sollen, warum wir heute mehr denn je die Europäische Union und die Europäische Einigung brauchen. Unter den Überschriften: „Worauf Europa

stolz sein kann“, „Die EU stärkt die Wirtschaft und sorgt für Wohlstand“, „Die EU sorgt für Wettbewerb und kontrolliert Konzerne“, „Die Europäische Union schützt die Verbraucher“, „Die EU macht das Leben preiswerter“, „Die EU setzt sich für gesunde Nahrung und eine saubere Umwelt ein“, Die EU erleichtert das Reisen und Arbeiten in Europa“, „Die EU fördert Bildung, Forschung und Kultur“, „Die EU schafft Innere Sicherheit“, „Europa engagiert sich in der Welt“, „Europa hilft in der weltweiten Flüchtlingskrise“ und „Die EU baut Bürokratie ab“ wird über konkrete wirtschaftliche und (finanz)politischen Erfolge für seine Mitgliedstaaten, die Bürgerinnen und Bürger, und Unternehmen informiert und dargelegt, warum die EU auch in Zukunft noch wichtig ist und gebraucht wird.

Quelle und weitere Informationen: EU-Aktuell vom 07.03.2017, web-site: [https://ec.europa.eu/germany/news/warum-wir-die-europ%C3%A4ische-union-brauchen-60-gute-gr%C3%BCnde\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/warum-wir-die-europ%C3%A4ische-union-brauchen-60-gute-gr%C3%BCnde_de)

60 Jahre Römische Verträge – Staats- und Regierungschefs unterzeichnen Erklärung von Rom

Anlässlich des 60 jährigen Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge haben sich am 25.03.2017 die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten, der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk und der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, in Rom getroffen und die Erklärung von Rom unterzeichnet. Diese lautet:

*„Die EU steht vor nie dagewesenen Herausforderungen auf globaler und nationaler Ebene: regionalen Konflikten, Terrorismus, wachsendem Migrationsdruck, Protektionismus sowie sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten. Gemeinsam sind wir entschlossen, die Herausforderungen einer sich rasch wandelnden Welt anzugehen und unseren Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit und neue Chancen zu bieten.*

*Wir werden die Europäische Union durch noch mehr Einheit und Solidarität untereinander und die Achtung gemeinsamer Regeln stärker und widerstandsfähiger machen. Einheit ist zugleich eine Notwendigkeit und unsere freie Entscheidung. Einzelnen würden wir durch die globale Dynamik an den*

*Rand gedrängt. Zusammenhalt gibt uns die beste Chance, auf diese Dynamik Einfluss zu nehmen und unsere gemeinsamen Interessen und Werte zu verteidigen. Wir werden gemeinsam – wenn nötig mit unterschiedlicher Gangart und Intensität – handeln, während wir uns in dieselbe Richtung bewegen, so wie wir es schon in der Vergangenheit getan haben; dies wird im Einklang mit den Verträgen geschehen und die Tür wird allen offen stehen, die sich später anschließen möchten. Unsere Union ist ungeteilt und unteilbar.“*

*In der Erklärung bekennen sich die Staats- und Regierungschefs und die Präsidenten der EU-Organen zur „Agenda von Rom“ und wollen sich für 1) ein sicheres und geschütztes Europa und eine wirksame, verantwortliche und nachhaltige Migrationspolitik, 2) für ein wohlhabendes und nachhaltiges Europa, 3) für ein soziales Europa und 4) ein stärkeres Europa in der Welt einsetzen.*

*„Wir werden diese Ziele in der unerschütterlichen Überzeugung verfolgen, dass Europas Zukunft in unseren Händen liegt und dass die Europäische Union das beste Mittel ist, um unsere Ziele zu erreichen“.*

Kommissionspräsident Juncker verwies anlässlich der feierlichen Unterzeichnung auf die Friedensleistung der EU, „Es gibt heute 40 bewaffnete Konflikte weltweit – keiner davon auf dem Territorium der Europäischen Union“. Er fragte sich, warum Europa darauf nicht stolz sein solle. Für die Zukunft könne es nur gemeinsam gelingen, künftigen Generationen ein noch wohlhabenderes, sozialeres und sicheres Europa zu übergeben.

Quelle und weitere Informationen: EU-Aktuell vom 27.03.2017, web-site: [https://ec.europa.eu/germany/news/60-jahre-r%C3%B6mische-vertr%C3%A4ge-juncker-erinnert-friedensleistung-der-eu\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/60-jahre-r%C3%B6mische-vertr%C3%A4ge-juncker-erinnert-friedensleistung-der-eu_de)



Rhein-Kreis Neuss – Der Landrat  
EUROPE DIRECT Informationszentrum  
Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis  
Ruth Harte/Lydia Merker  
Oberstraße 91, 41460 Neuss  
Tel.: 02131-928-7600/7601  
Fax: 02131/928-7699  
e-mail: [ruth.harte@rhein-kreis-neuss.de](mailto:ruth.harte@rhein-kreis-neuss.de)

Die Herausgabe der „EU-Informationen“ wird finanziell durch die Europäische Kommission gefördert.